

# FREIBERUFLER-TICKER vom 1. Juni 2018

## 1. OECD-Wirtschaftsausblick adressiert Freie Berufe indirekt

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat am 30. Mai 2018 ihren halbjährlichen [Wirtschaftsausblick](#) vorgestellt; inklusive einer [Länderanalyse](#) für Deutschland. Darin prognostiziert die OECD eine Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für Deutschland von jeweils 2,1 Prozent für dieses und kommendes Jahr und mithin ein stabiles Wachstum. Laut OECD besteht fiskalischer Spielraum, um die Ausgaben für Bildung, Breitbandnetze und eine emissionsarme Verkehrsinfrastruktur zu steigern. Die OECD adressiert die Freien Berufe zwar nicht wörtlich, aber indirekt. So heißt es in der Länderanalyse für Deutschland: „Maßnahmen zur Umsetzung von Reformen zur Vollendung des Binnenmarkts in der Europäischen Union und zur Schaffung einer umfassenderen Bankenunion im Euroraum (könnten) das Vertrauen stärken und die Attraktivität des Investitionsstandorts Deutschland erhöhen.“ Damit bleibt die OECD mittelbar auf Deregulierungskurs. Sie thematisiert auch die Bankenunion und damit mittelbar die Arbeit des als Nachfolger des PANA-Ausschusses gegründeten TAX3-Ausschusses.

## 2. Ergebnisse der Migrationsstudie von BIBB und BA veröffentlicht

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), die am 29. Mai 2018 veröffentlicht worden ist, zahlt sich die Begleitung von Geflüchteten durch Paten oder Mentoren während der Ausbildung aus. Darüber hinaus erweisen sich Praktika, die Einstiegsqualifizierung und das Probearbeiten als sinnvolle Türöffner in die Ausbildung. Dies sind Ergebnisse einer Ende des Jahres 2016 durchgeführten schriftlichen Befragung des BIBB und der Bundesagentur für Arbeit (BA). In der Studie sind rund 1.400 Ausbildungsstellenbewerber mit Fluchthintergrund und einer Staatsangehörigkeit aus einem nicht-europäischen Asylzugangsland (Afghanistan, Eritrea, Iran, Irak, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien) befragt worden. Soziodemografische Faktoren spielen laut der Analyse dagegen eine untergeordnete Rolle: Weder das Geschlecht noch die Aufenthaltsdauer oder das Alter der Befragten sind für den Zugang in eine betriebliche Ausbildung relevant. Auch das Verhältnis zwischen der Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen in dualen Berufen und der Anzahl der Ausbildungsinteressierten im jeweiligen Arbeitsagenturbezirk beeinflusst nicht die Zugangschancen von jungen Geflüchteten.

## 3. 10-Punkte-Papier von OECD und UNHCR zur Beschäftigung von Flüchtlingen

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat Ende vergangener Woche ihren [10-Punkte-Aktionsplan](#) zur Beschäftigung von Flüchtlingen veröffentlicht. Dieses Papier, erarbeitet zusammen mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), fasst die Ergebnisse der von beiden Organisationen geführten Dialoge mit Arbeitgebern und Unternehmensverbänden zusammen. Zu den wichtigen Erkenntnissen zählen beispielsweise: den Arbeitgebern ausreichende Rechtssicherheit bieten, die Kompetenzen von Flüchtlingen erfassen und überprüfen, Kompetenzen für die Beschäftigungsfähigkeit entwickeln, die Kompetenzen von Flüchtlingen mit dem Bedarf der Arbeitgeber verknüpfen, Chancengleichheit bei der Einstellung gewährleisten und Vorurteile bekämpfen, eine langfristige Beschäftigungsfähigkeit ermöglichen, wirtschaftliche Argumente für die Einstellung von Flüchtlingen aufzeigen.

#### **4. Klassengröße und Lernerfolg**

Kleinere Klassen in Grundschulen mit bis zu 20 Schülern führen zu besseren Leistungen der Schüler in den Fächern Deutsch und Mathematik. Außerdem senken sie die Wahrscheinlichkeit, dass Schüler eine Klasse wiederholen müssen. Das sind die zentralen Ergebnisse einer [Studie](#) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die am 30. Mai 2018 vorgestellt worden ist. Laut DIW kann nun erstmals untermauert werden, dass ein besserer Lehrer-Schüler-Schlüssel tatsächlich zu besseren Leistungen bei Schülern führt.

#### **5. Zahl der Gasthörer leicht rückläufig**

Im Wintersemester 2017/2018 haben 36.600 Gasthörer Lehrveranstaltungen an deutschen Hochschulen besucht, 0,6 Prozent weniger als im Wintersemester 2016/17. Wie das Statistische Bundesamt in einer [Pressemitteilung](#) vom 30. Mai 2018 weiter mitteilt, ist die Zahl der deutschen Gaststudierenden geringfügig um 0,2 Prozent auf rund 32.000 gestiegen. Für die ausländischen Gaststudierenden ist ein Rückgang um 5,1 Prozent auf 4.700 gemeldet worden. Soweit ein einzelnes Studienfach bestimmt werden konnte, ist Geschichte am beliebtesten gewesen, gefolgt von Wirtschaftswissenschaften und Philosophie. Diese Reihenfolge hat auch für die deutschen Gaststudierenden gegolten. Bei den ausländischen Gaststudierenden haben Wirtschaftswissenschaften auf Platz eins gelegen, gefolgt von Germanistik und Informatik. Der Frauenanteil hat nahezu unverändert 47 Prozent betragen, der Ausländeranteil ist auf 12,7 Prozent gesunken und das Durchschnittsalter von 51,7 auf 52,1 Jahre gestiegen.

#### **6. EU-Kommission will Erasmus-Mittel verdoppeln**

Die Europäische Kommission will im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027 die Mittel für das [Erasmus-Programm](#) erhöhen und hat dazu am 30. Mai 2018 eine Verdopplung auf 30 Milliarden Euro vorgeschlagen. Davon sollen allein knapp 26 Milliarden Euro in die allgemeine und berufliche Bildung fließen. Das Programm bietet bereits jetzt mehreren Millionen junger Menschen in Europa die Möglichkeit, im Ausland zu studieren, eine Ausbildung zu absolvieren oder Lernerfahrungen zu sammeln. Durch die Verdopplung des Programmhaushalts könnten bis zu 12 Millionen Menschen unterstützt werden – dreimal so viele wie bisher. Dies wäre aus Sicht der EU-Kommission auch ein wichtiger Impuls für das politische Ziel, bis zum Jahr 2025 einen [europäischen Bildungsraum](#) zu schaffen. Der [Vorschlag](#) für das Erasmus-Programm ist Teil des Kapitels „In die Menschen investieren“ des [Vorschlags für den MFR](#), den die EU-Kommission am 2. Mai 2018 vorgelegt hat.

#### **7. Deutschland schneidet im Vergleich der europäischen Justizsysteme gut ab**

Wie unabhängig sind die Justizsysteme, wie lange dauern Gerichtsverfahren und wie ist der Ruf der Justiz bei den Menschen in der Europäischen Union? Antworten auf diese Fragen liefert das am 28. Mai 2018 vorgestellte jährliche [EU-Justizbarometer](#), das die nationalen Justizsysteme in der EU bewertet und vergleicht. Deutschland schneidet bei den meisten Indikatoren gut ab. Schwerpunkt der diesjährigen Ausgabe ist der Abschnitt über die Unabhängigkeit der Justiz, weil sie für die Beurteilung der Rechtsstaatlichkeit maßgeblich ist. Zudem enthält das Justizbarometer erstmals Daten über die Länge der Gerichtsverfahren in allen Instanzen.